

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 43.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Druck- und Verlagsanstalt der Halle'schen Zeitung, Halle a. S., Leipziger Straße Nr. 61 u. 62.  
Telefon 155 u. 158; Reichsanstalten 1372.  
Gesetzliche Dr. Walter Schenckel in Halle a. S.

Zweite Ausgabe

Abonnementpreise für die halbjährliche Rollenzeitung oder deren Hälfte u. den Postfrei 20 Wfr. auswärts 20 Wfr. Postfrei am Ende des abgelaufenen Zeitrahs die Hälfte 100 Wfr. halbjährlich bei bestelltem in Halle a. S. und bei allen bekannten Fernschreibstellen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62.  
Telefon 155 u. 158; Reichsanstalten 1372.  
Gesetzliche Dr. Walter Schenckel in Halle a. S.

Freitag, 26. Januar 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.  
Telephon Amt. Südlich Nr. 6290.  
Druck- und Verlagsanstalt der Halle'schen Zeitung in Halle a. S.

### Die Stichwahlen am 25. Januar.

Der letzte Stichwahltag hat folgende Ergebnisse gebracht:

**In der Provinz Sachsen:**  
Sangerhausen - Eckartsberga: Wamhoff (Nat.) gegen Wilsch (Soz.) gewählt.  
Liebenwerda - Torgau: Wahl des National-liberalen Ortmanns fürsch.

Querfurt - Merseburg: Koch (fortsch. Wp.) 16 280, Vollenber (Soz.) 12 343 Stimmen. Koch somit gewählt.

Kordshausen: Dr. Cohn (Soz.) mit 7600 Stimmen gegen Dr. Wiener (fortsch. Wp.) mit 6600 Stimmen gewählt.

Schweinitz - Wittenberg: Dove (fortsch. Wp.) gewählt.

Salzwedel - Gardelegen: von Kröcher (son.) mit 318 Stimmen Mehrheit gewählt.

**In den übrigen Teilen des Reiches:**  
Randsberg - Soldin: Holtzke (Nat.) gegen Kögel (Soz.) gewählt.

Frankfurt a. D.: Bollert (Nat.) gegen Wenzl (Soz.) gewählt.

Osnaabrück: Stöbe (Nat.) gegen Veran (Str.) mit großer Mehrheit gewählt.

Mülheim: Dr. Wölter (Nat.) gewählt.

Remscheid: Dittmann (Soz.) gegen Viehoff (fortsch. Wp.) gewählt.

Eberfeld - Bameln: Ebert (Soz.) gegen Rinz (Wp.) gewählt.

Düsseldorf - Hohenland: gewählt.

Essen: Giesberts (Str.) gewählt.

Witten: Viehmetz (Soz.) gewählt.

Röbber - Bunsing: Dornmann (fortsch. Wp.) gewählt.

Grünberg: Davidsohn (Soz.) gewählt.

Büdingen: Rudolph (fortsch. Wp.) gewählt.

Wien: Prinz Schönau-Carolath (Nat.) gewählt.

Saarau: Schumann (Soz.) gewählt.

Marienburg: Schröder (Wp.) gegen v. Oldenburg (Nat.) gewählt.

Wien: Nierlohn: Spiegel (Soz.) gewählt.

Dortmund: Erdmann (Soz.) gewählt.

Stieglitz: Feldmann (Soz.) gewählt.

Calau: Wels (Soz.) gewählt.

Protoschin: v. Chlapowski (Wp.) gewählt.

Schönau - Girsberg: Wlasch (fortsch. Wp.) gewählt.

Wohum - Gelsenkirchen: Sedmann (Nat.) gewählt.

Liegnitz - Sannau: Fischbeck (fortsch. Wp.) gewählt.

Glogau: v. Rüst (Wp.) gewählt.

Duppeln: Brandes (Wp.) gewählt.

Wirs-Rees: Dr. Well (Str.) gewählt.

Schwab: v. Salem (Wp.) gewählt.

### Die Zusammensetzung des neuen Reichstages.

Nach Erhebung der getrennten, oben mitgeteilten 33 Stichwahlen setzt sich der Reichstag wie folgt zusammen:

43 Konervative, 14 Reichspartei, 10 wirtschaftliche Vereinigung, 2 deutsche Reformpartei, 18 Polen, 9 Zentrum, 5 Belfen, 3 bayerischer Bauernbund, 45 Nationalliberale, 1 Bauernbund, 1 bayerischer Liberaler, 41 fortschrittliche Volkspartei, 110 Sozialdemokraten, 5 Elsäßer, 2 Lothringer, 1 Däne und 2 Wölbe. Die Gewinne und Verluste der Parteien stellen sich wie folgt:

Konservative gewonnen 6, verloren 23, Reichspartei gewonnen 5, verloren 16, wirtschaftliche Vereinigung gewonnen 3, verloren 10, bayerischer Bauernbund gewonnen 3, Zentrum gewonnen 5, verloren 15, Polen verloren 2, Nationalliberale gewonnen 26, verloren 30, fortschrittliche Volkspartei gewonnen 14, verloren 21, Sozialdemokraten gewonnen 63, verloren 12, Welfen gewonnen 5, verloren 1, Elsäßer gewonnen und verloren je 2, Lothringer 1 verloren, Wölbe, gewonnen 2, verloren 5.

Unter den getrennten Gewählten befinden sich von Kroger (son.), Dove, Fischbeck und von Rüst (fortschrittliche Volkspartei) und Prinz Schönau-Carolath (national-liberal). Unterlegen ist v. Oldenburg (son.) und Sue (Soz.).

### Annahme des Marokko-Abkommens in der französischen Senats-Kommission.

Die französische Senats-Kommission zur Beratung des deutsch-französischen Marokko-Abkommens hat das Abkommen gestern mit fünfzehn gegen zwei Stimmen bei vier Stimmenthaltungen angenommen.

Die Kommission erörterte in ihrer getrennten Sitzung noch die Schlussfolgerungen aus dem Bericht Baudins. Die Debatte, an der sich de Courcel, Clemenceau, Pierre Baudin und d'Estournelles de Constant beteiligten, erstreckte sich auf die Ausdehnung des Protektorates. Ferner wurde besprochen, wieviel Menschen notwendig sein würden, um das Protektorat zu verwirklichen, und welche Streitkräfte zur Befestigung des Landes nach Marokko geschickt werden müßten. Auch über das Tempo, in dem die vorgezeichneten Organisationen durchzuführen wären, wurde beraten. Bei der Abstimmung stimmten gegen das Abkommen Clemenceau und Sarraute. Der Abstimmung enthielten sich Trouillot, Millès-Morino, Ruchon und Dos-Cafes. Mehrere Kommissionsmitglieder erklärten, daß sie nur resigniert für das Abkommen gestimmt hätten, ihm im Grunde aber nicht geneigt seien; dies sind Méline, Sarrien, de Courcel, Charles Dubou, d'Amou, Ratier und Ventral.

Die am 24. cr. von Ribot vorgelegte Zugformel, die in den Bericht Baudins eingefügt worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Die Kommission ist der Meinung, daß in den letzten Jahren mit Geheimverträgen Mißbrauch getrieben worden ist. Ohne Zweifel überläßt die Verfassung von 1875 dem Präsidenten der Republik die Sorge, abzuwenden, in welchem Augenblick er den Kammern ohne Schaden für die Sicherheit und Interesse des Landes einen Vertrag mitteilen kann, aber sie ermächtigt ihn nicht, einen öffentlichen Vertrag geheimhalten zu lassen, durch welche der Geist und die Bestimmungen des Vertrages geändert werden.

Der Redaktionsstempel wird uns noch als Paris gemeldet. In der getrennten Sitzung erinnerte der Berichterstatter, als er die Organisation des Protektorats besprach, an die Erklärungen Poincarés, die dieser ihm am Tage nach der Bildung des neuen Kabinetts gemacht habe, und sagte, daß die öffentlichen Streitkräfte innerhalb einer gewissen Zeit wahrheitsgemäß auf 15 000 Mann gebracht werden müßten. Der Berichterstatter schlug der Kommission vor, sich dahingehend schuldig zu machen, daß Marokko nicht in allen Teilen mit öffentlichen Streitkräften belegt werden könne. Besonders die Süden könnten bei der Aufstellung der Sicherheitstruppen als Stützpunkte dienen. Der Bericht schloß mit einer einfachen Billigung des Übereinkommens, weil keine andere Lösung mit den französischen Interessen vereinbar sei. Das nunmehr anerkannte Protektorat Frankreichs sei die Krönung der seit zehn Jahren verfolgten Politik. Es werde Frankreich zwar Kosten auferlegen, die zunächst beschränkt seien, aber es schaffe endgültig die Sicherheit, die bisher im Westen Ägyptens fehlte.

### Der italienisch-türkische Krieg.

Vom Kriegeschauplatz.

Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Tripolis: In der Nacht zum 21. Januar entfiel kleiner Alarm, weil einige Häuser eine Familie in der östlichen Gasse bei Tripolis überfielen und zwei Eingeborene ver wundeten. Am gleichen Tage griff eine arabische Kavallerietrouille den italienischen Beobachtungsposten vor Gargareth an, wurde aber sofort zurückgeschlagen. Die Verteidigungswerte vor Gargareth sind vollendet. Meldungen aus Soms berichten: Die Türken gaben am 22. und 23. Januar einige Kanonenschüsse gegen die italienischen Stellungen ab, die keinen Schaden anrichteten.

Die neuesten Meldungen.

Bei Redaktionsstempel wird uns noch gedruckt: Nach Meldung der „Agenzia Stefani“ ist das Kriegsschiff „Polturne“ in Misfaua mit 26 gefangenen türkischen Militärs, die an Bord des Dampfers „Africa“ und „Bregenz“ waren, eingetroffen. Darunter sind ein Artilleriewerfer, nämlich der Kommandant des Forts Sobeida, drei Hauptleute, zwei Sergeanten, zwei Unteroffiziere und achtzehn Korporalsführer.

Ein Telegramm aus Konstantinopel besagt: Das Schmaleisen des Großkanal hat sich bedenklich verengt und beginnt Wergorgnisse einzulassen. Es läuft das Gerücht um, daß der Minister des Äußeren sein Nachfolger werden wird.

### Deutsches Reich.

Kaiser und Kanzler. Der Kaiser nahm gestern den Vortrag des Reichskanzlers Dr. v. Bethmann Hollweg in dessen Palais und darauf im Al. Schloße den Vortrag des Staatssekretärs des Reichsministeriums Großadmirals v. Tirpitz entgegen.

Denkschrift zum preussischen Etat. Bekanntlich schließt der preussische Etat für 1912 noch mit einem Defizit von 19 Millionen Mark ab. Wie der Finanzminister in einer dem Abgeordnetenhaus übermittelten Denkschrift ausführt, muß dieser Fehlbetrag aber ohne weiteres noch um den Betrag verschiedener dauernder Ausgaben erhöht werden, deren Notwendigkeit schon heute feststeht, die aber aus bestimmten Gründen im Etat für 1912 nicht oder nicht in vollem Umfang haben Aufnahme finden können. Hier kommen in erster Linie die dem Staate teils als Arbeitgeber, teils auf staatsbehördlichen Gebiet aus Anlaß der neuen Reichsversicherungsordnung und als Arbeitgeber auf dem Gebiete der Angestelltenversicherung erscheidenden Ausgaben in Betracht. Obwohl die Mehrausgaben, die infolge der Reichsversicherungsordnung dem Staat als Arbeitgeber treffen, einen großen Umfang annehmen werden, hat entsprechend den bestehenden Veranschlagungsgrundsätzen auf eine Einstellung der erforderlichen Mittel verzichtet werden müssen, da es sich um Fonds handelt, die mit Rücksicht auf die Unüberschaubarkeit der eintretenden Ausgaben nur nach mehrjährigem Durchschnitt reguliert zu werden pflegen, die Höhe der Ausgaben im vorliegenden Falle auch ganz besonders schwer zu schätzen sein würde. Auch die durch die Organisation der staatlichen Versicherungsbehörden bedingten Ausgaben konnten im Etatsentwurf für 1912 nur teilweise berücksichtigt werden und werden in voller Höhe erst 1913 erledigen, weil der die Unfallversicherung betreffende Gesetzteil nicht schon mit Beginn, sondern erst im Laufe des Etatsjahres 1912, bei der Staatsanweisung betreffende Teil wohl erst mit Beginn des Etatsjahres 1913 eingeführt sein wird, übrigens auch die Höhe der durch die neue Organisation entstehenden Kosten zurzeit noch nicht genügend übersehbar ist. Die Summe, die im Etatsentwurf für 1912 an Nettoausgaben für Zwecke der Arbeiter- und Angestelltenversicherung gegenüber dem künftigen Gesamtbetrag noch fehlt, wird man, da vorläufig nur etwas über 1 000 000 Mfr. eingestellt werden können, auf 1 1/2 bis 2 1/2 Millionen Mark schätzen können. Hierzu treten rund 1 000 000 Mfr. an bisher noch unterbliebenen Regulierungen verschiedener Fonds (zu Gehaltsbedürfnissen, für Hilfsarbeiter, Stellvertretungs- und Bauunterhaltungsstellen), mit deren Erhöhung trotz früherer Überbereitungen vorläufig noch zurückgehalten war, um erst die Wirkung von Gehaltsreformen und anderen auf Sparsamkeit abzielenden Maßnahmen abzuwarten. Durch diese bereits dem Grunde nach feststehenden dauernden Ausgaben erhöht sich das gegenwärtige Defizit von 19 auf 22 Millionen Mark. Da aber der Staatshaushalt ohne ernsthafte Gefährdung der Staatsinteressen auf die Dauer nicht mit einem Fehlbetrag belastet bleiben kann und da bei der immer reichlich großen Zahl von außerordentlichen Fehlbetragsjahren auch eine möglichst schnelle Wiederherstellung des Gleichgewichts geboten ist, so müssen alle verfügbaren Mittel zunächst zur engulftigen Beilegung dieses Defizits verwendet werden, bevor daran gedacht werden kann, neue, nicht unbedingt notwendige Ausgaben auf den Staatshaushalt zu übernehmen. Nun darf zwar angelehnt der Entwurf von 1908 bis 1912 die Hofhaltung begehrt werden, daß es gelingen wird, schon im Staatshaushaltset für 1913 unter Zurückstellung von solchen Ausgaben, die sich zur Not noch ein oder mehrere Jahre verschieben lassen, auch den letzten Rest des Defizits zu beseitigen, und demnach auch dauernd wieder geordnete Aufwände im Staatshaushalt herzustellen; jedoch wird diese Aufgabe keineswegs leicht sein, denn die Anforderungen an die Staatskassen wachsen - schon wegen der Bevölkerungszunahme und des sinkens des Geldwertes, vor allem aber auch infolge erweiterter Auffassung von den dem Staate obliegenden Aufgaben - beständig, und wenn es auch vertretbar erscheint, manche derselben vorübergehend unerfüllt zu lassen, so muß schließlich auch für sie in dem Staatshaushaltset Raum geschaffen werden, wenn die Kulturaufgaben nicht leiden sollen.

Das preussische Reffort für Luftfahrt. Wie der „Zuf.“ mitgeteilt wird, ist der Bauabteilung des preussischen Ministeriums des Innern aus folgenden Gründen die Bearbeitung aller Fragen der Luftfahrt zugeteilt worden: Die Luftfahrt ist eine völlig neue und darum noch sehr häufige, vielseitige Materie, an deren Eingetragenen alle Refforts interessiert sind. Da im gegenwärtigen Zeitpunkt nur die technischen Fragen bei weitem überwiegen, so sind sich die Refforts dahin schuldig geworden, dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten als federführendem Reffort die Behandlung des Gebietes in Gemeinschaft mit dem Ministerium des Innern zu überlassen.

In Bezug auf die Abgrenzung der Zuständigkeit für die Genehmigung und Bewilligung von elektrischen Stromanlagen, die mit Bergwerken im Zusammenhang stehen, hat die





